https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/node/1286

Gen-ethischer Informationsdienst

Kurz notiert - Landwirtschaft und Lebensmittel

Limburgerhof: Feldzerstörung bei der BASF

Auf Versuchsfeldern der BASF Plant Science in Limburgerhof in Rheinland-Pfalz haben Unbekannte gentechnisch veränderte Kartoffelpflanzen zerstört. Betroffen waren Pflanzen der Amflora-Sorte mit verändertem Stärkehaushalt und solche mit einer gentechnisch übertragenen Resistenz gegen die Krautfäule. Der Vorfall ereignete sich bereits Ende Juni. Einer Pressemitteilung der 100-prozentigen Tochter des BASF-Konzerns zufolge sind die Täter durch Löcher, die sie in den die Anlage umgebenden Zaun geschnitten hatten, auf das Gelände gelangt. „Auf den Versuchsparzellen wurden nahezu alle Kartoffelpflanzen herausgerissen", heißt es in der Meldung. (www.basf.de, 21.06.08) (pau)

Amflora wächst und wächst

Wie die Bürgerinitiative Müritzregion gentechnikfrei mitteilt, gibt es nach wie vor Durchwuchs auf den letztjährigen Versuchsfeldern der gentechnisch veränderten BASF-Amflora-Kartoffel im Mecklenburgischen Zepkow. Dies habe eine Feldbegehung der Kontrollbehörde, des Landesamtes für Landwirtschaft in Rostock, ergeben, die Anfang August in Anwesenheit von Mitgliedern der Bürgerinitiative sowie VertreterInnen des anbauenden Betriebes Niehoff, der BASF und des Ministeriums in Schwerin stattgefunden hatte. Obwohl die zuständigen Mitarbeiter der Behörden nur widerwillig auf die Fragen und Anmerkungen eingegangen sind, haben sie nun verfügt, dass der konventionelle Mais, der in diesem Jahr auf der Fläche wächst, nicht als Futtermittel verwendet werden darf. Es bestehe die Gefahr, dass die nicht für die Nutzung als Futter- oder Lebensmittel zugelassenen Amflorapflanzen und -kartoffeln in die Nahrungskette gelangen können. Der Mais wird wohl stattdessen in einer Biogasanlage verwertet. Die Bürgerinitiative hatte schon mehrfach bei der Landesregierung angemahnt, dass sich die BASF und der in Mecklenburg anbauende Landwirt nicht den Regeln entsprechend verhalten. Siehe dazu auch den Artikel „Amflora ohne Ende" von Christof Pottthof im GID 189, August 2008. (PM der BI Müritzregion gentechnikfrei, 20.09.08) (pau)

Bayern gentechnikfrei?

Im Verlauf des Wahlkampfes hat sich die bayerische Landesregierung und die Führung der CSU Schritt für Schritt auf verbindliche Aussagen in Richtung eines zukünftig gentechnikfreien Bayerns bewegt, aber sich dann am Ende doch nicht getraut. Ob der amtierende Bundeslandwirtschaftsminister und designierte CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer, der Staatsminister für europa- und bundespolitische Angelegenheiten im bayerischen Kabinett, Markus Söder, oder auch das mittlerweile geschasste Führungsduo Erwin Huber und Günter Beckstein: Alle hatten im Verlauf des Landtags-Wahlkampfes verlauten lassen, dass die Bundesländer, nach europäischer

Lesart die Regionen oder eine kommunale Verwaltungsebene, das Recht eingeräumt bekommen müssten, sich für oder gegen den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft in ihren Grenzen aussprechen zu können. Die Parteien der Großen Koalition - inklusive der CSU - verwiesen im Bundestag einen Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in die Ausschüsse, obwohl in ihm wesentliche Punkte eines Antrages der CSU-Fraktion enthalten waren, der im bayerischen Landtag bereits im Juni angenommen worden war. Söder zufolge plane der Freistaat, eine Initiative für Öffnungsklauseln im europäischen Recht in den Ausschuss der Regionen einbringen zu wollen, um so dem Antrag der CSU-Landtagsfraktion Rechnung zu tragen. Seehofer soll dem Vernehmen nach Ende Oktober in seine neuen Ämter gewählt werden. Erst dann werde auch sein Nachfolger beziehungsweise seine Nachfolgerin bestimmt. Eine größere Kabinettsumbildung bleibt Bundeskanzlerin Angela Merkel allerdings erspart. Wie es aussieht, strebt die CSU, die über das Vorschlagsrecht für Seehofers Posten verfügt, keinen Wechsel von weiteren Ämtern oder Personen an. (Antrag B90/G: Bundestags-Drucksache 16/10202; Antrag CSU: Drucksache des Bayerischen Landtags 15/10888; Süddeutsche Zeitung, verschiedene Ausgaben, zum Beispiel vom 22.09.08) (pau)

Sachsen testet Bt-Mais

Die Landesanstalt für Landwirtschaft des Freistaates Sachsen hat Ergebnisse einer Untersuchung über den Ertrag, die Wirtschaftlichkeit und agronomische Daten des Anbaus von gentechnisch verändertem, insektengiftigem Bt-Mais veröffentlicht. Demnach lohne sich der Einsatz des Mais, der ein Gift des bodenlebenden Bakteriums Bacillus thuringiensis (Bt) produziert, wenn so Verluste von 300 Kilogramm je Hektar bei Körnermais und 2.000 Kilogramm je Hektar bei so genanntem Silomais vermieden werden könnten. „Insgesamt ergab sich", nach Darstellung der Landesanstalt, „dass Bt-Maisanbau nur bei hohem Zünslerbefall sinnvoll" sei. Für die Anbauentscheidung der Landwirte sei jedoch der „zu erwartende Ertragsausfall in Befallsgebieten" entscheidend. Die Ergebnisse stehen in Form des mehr als 100-seitigen Berichtes „Wann rechnet sich Bt-Mais?" auf den Internetseiten des Freistaates Sachsen unter den Publikationen der Landesanstalt für Landwirtschaft bereit. (www.sachsen.de) (pau)

Großbritannien: GVO in der Hungerdebatte

Die britische Wissenschaftsorganisation „The Royal Society" hat eine Arbeitsgruppe gegründet, die bis Mitte des nächsten Jahres einen Bericht zu den „biologischen Ansätzen zur Verbesserung der Nutzpflanzen-Produktion" (biological approaches to enhance food crop production) zusammenstellen soll. Eine Koalition aus Gruppen der Zivilgesellschaft in Großbritannien hat sich daraufhin mit einem Offenen Brief an den Leiter dieser Arbeitsgruppe in der Royal Society, Professor David Baulcombe, gewandt. Die Autorinnen und Autoren des Briefes geben ihrer Sorge Ausdruck, dass der jetzt geplante Bericht möglicherweise die Rolle gentechnisch veränderter Nutzpflanzen überbewerten könnte. Die Arbeitsgruppe solle sich, wie es in dem Brief heißt, lieber damit beschäftigen, die Ergebnisse des IAASTD-Berichtes umzusetzen (International Assessment of Agricultural Knowledge Science and Technology for Development). Unter diesem Kürzel war im April dieses Jahres eine Bestandsaufnahme veröffentlicht worden, welche Rolle die Wissenschaften in der zukünftigen Armuts- und Hungerbekämpfung spielen könne. 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt, die in einem etwa vierjährigen Prozess zusammengearbeitet hatten, betonten in den Ergebnissen des IAASTD-Berichtes die Bedeutung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft unter Verwendung ressourcenschonender Anbaumethoden. Das Besondere an dem IAASTD-Bericht war, dass er als multi-disziplinärer Prozess angelegt war, an dem ExpertInnen aus Gesellschaftswissenschaften mit KollegInnen aus den Naturwissenschaften beteiligt waren. Die den Offenen Brief unterstützenden Gruppen sind: Action Aid UK, Christian Aid, Friends of the Earth International, GM Freeze, Greenpeace UK, Pesticide Action Network International, Practical Action und das Third World Network. Zu dem IAASTD-Bericht siehe auch das Interview mit Hans Herren, einem von zwei Co-Chairs des IAASTD-Direktoriums, im GID 188 vom Juni dieses Jahres. Der vollständige IAASTD-Bericht wird erst Anfang des kommenden Jahres veröffentlicht. Zusammenfassungen und Informationen finden sich in englischer Sprache auf den Internetseiten www.agassessment.org und www.agassess ment-watch.org. (http://royalsociety.org) (pau)

EFSA zu gv-Fischen

Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA hat eine Ausschreibung veröffentlicht, der zufolge Experten für eine Risikobewertung mit Bezug auf die kommerzielle Nutzung gentechnisch veränderter (gv) Fische in der Europäischen Union gesucht werden. In einem ersten Schritt sollen scheinbar Kriterien für eine Umweltrisikoabschätzung für das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Fischen in der EU entwickelt werden. (www.efsa.europa. eu, 09.09.08) (pau)

Neue alte Biosicherheitsforschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat eine Liste von 23 Projekten veröffentlicht, die bis 2011 im Rahmen des Programms zur Biologischen Sicherheit gefördert werden sollen. Im Mittelpunkt steht zum Beispiel die Entwicklung von so genannten biologischen Einschlussverfahren für Raps und Mais, mit denen die Verbreitung von den gentechnisch veränderten Konstrukten, die in die Pflanzen eingebaut worden sind, verhindert werden soll. Damit folgt das Ministerium der eigenen Strategie der letzten Jahre, vor allem Projekte zur Entwicklung von gentechnisch veränderten Pflanzen zu fördern, anstatt dies den interessierten Unternehmen zu überlassen. Seit Jahren bemängeln KritikerInnen dieses Vorgehen - ohne Erfolg, wie sich zeigt. Ein zweiter Forschungsverbund fördert die Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen mit so genannten gestapelten Genen, solchen Pflanzen, in denen mehrere Gene für neue Eigenschaften eingefügt worden sind. Eine detaillierte Analyse der jetzt bewilligten Projekte wird allerdings erst möglich sein, wenn weitere Informationen verfügbar sind. (www.biosicherheit.de) (pau)

Bioland verklagt Schleswig-Holstein

Weil das Land Schleswig-Holstein die Standorte der illegalen Aussaat von gentechnisch verändertem (gv) Rapssaatgut nicht offenlegen will, klagt nun der Landesverband Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern des Anbauverbandes für ökologischen Landbau Bioland. Der Argumentation von Bioland zufolge müssten die Anbauorte schon deshalb offengelegt werden, weil es das Standortregister für den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen gibt. „Von diesen Gen-Raps-Flächen gehen auch in den nächsten Jahren Gefahren aus. Im Boden verbliebener Gen-Raps ist bis zu zehn Jahre lang keimfähig“, begründet Carola Ketelhodt, Geschäftsführerin des Bioland-Landesverbandes, die Klage. Vor etwa einem Jahr, im August 2007, war die illegale Aussaat von mit gentechnisch verändertem Raps verunreinigtem Saatgut auf mehr als 300 Hektar in den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bekannt geworden. „Die Standortkenntnis benötigen wir dringend. Landwirte und Imker müssen wissen, welcher Gefahr sie ausgesetzt sind“, so Ketelhodt weiter. (Bioland-Pressemitteilung, 09.09.08) (pau)

70 Prozent gegen gv-Mais

Nach einer Emnid-Umfrage sind 70 Prozent der Bundesbürger für ein Verbot des gentechnisch veränderten (gv) Mais MON810. In der vom Online-Netzwerk Campact in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage sprachen sich 80 Prozent der Bayern für ein Anbau-Verbot des gv-Mais aus. Auch 75 Prozent der CSU-Wähler beantworteten die Frage: „Soll Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer den Anbau des Gen-Mais MON810 in Deutschland verbieten?“ mit „Ja“. Insgesamt wurden rund 1.400 Personen befragt, 23 Prozent waren gegen ein Verbot, 7 Prozent enthielten sich der Stimme. Monsantos Bt-Mais MON810 ist die einzige gentechnisch veränderte Pflanze, die derzeit in Europa kommerziell angebaut wird. (PM campact, 18.09.08; www.genmais-stoppen.de/gentec/umfrage) (ts)

Gatersleben in Zukunft GVO-frei

Nach Informationen des Umweltinstitutes in München (UIM) wird es in Gatersleben vorerst keine weiteren Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) geben. Das UIM schreibt in seinem Newsletter, nachdem das „Versuchsfeld mit Genweizen in diesem Frühjahr zerstört wurde und das Image des Instituts als Hüterin der biologischen Vielfalt durch die Gentechnik-Experimente massiv Schaden genommen hatte, wurde nun wohl die Reißleine gezogen". Zuvor hatte die Firma Novoplant, die in Gatersleben an gentechnisch veränderten Erbsen geforscht hatte, Insolvenz angemeldet. Das Umweltinstitut hatte maßgeblichen Anteil an dem Protest gegen die Freisetzungsversuche. Insgesamt wurden mehr als 100.000 Einwendungen eingereicht. (Newsletter des UIM, 04.08.08) (pau)

USA: Bundesgericht bestätigt Verbot von gv-Alfalfa

Gentechnisch veränderte Alfalfa darf in den USA auch weiterhin nicht angebaut werden. Das entschied ein Bundesgericht in einem Berufungsverfahren und bestätigte damit eine Entscheidung vom Mai dieses Jahres. Als Grund gab die Richterin Mary M. Schroeder das Fehlen einer vollständigen Auflistung möglicher Gefahren für die Umwelt (full environmental impact statement). Sie bewertete damit das Interesse von Landwirten, die gentechnikfreie Alfalfa, einer Pflanze, die der bei uns bekannten Luzerne ähnelt, höher als die zu erwartenden ökonomischen Verluste des US-Konzerns Monsanto und einer zweiten US-Firma, Forage Genetics. Der Anbau von gentechnisch veränderter Alfalfa könne nicht umkehrbare Schäden an ökologischen und konventionellen Sorten der Pflanze, an der Umwelt und für Landwirte bedeuten. Das Urteil bestätigt zudem die Ansicht, dass das US-Landwirtschaftsministerium zu Unrecht eine Genehmigung für den Anbau von gv-Alfalfa ausgesprochen habe, da es versäumt hat, das Problem von so genannten Super-Unkräutern zu klären. Die gentechnische Veränderung der hier behandelten Alfalfa ist eine Resistenz gegen das Breitband-Unkrautvernichtungsmittel Roundup. Die Pflanzen können selber zu Unkräutern werden, gegen die nur eingeschränkt Mittel zur Verfügung stehen. Andrew Kimbrell von der US-Nichtregierungsorganisation Zentrum für Lebensmittelsicherheit begrüßte das Urteil und nannte es einen wichtigen Sieg für Konsumenten, Öko-Landwirte und die meisten konventionell arbeitenden Landwirte des Landes. (www.centerforfoodsafety.org, 02.09.08) (pau)

Pillnitzer Erklärung verabschiedet

Im Rahmen der Fachtagung „Biofruit ohne Gentech" haben die dort anwesenden Gäste, ReferentInnen und VeranstalterInnen am 31. August 2008 die „Pillnitzer Erklärung" unterzeichnet. Darin werden die Wissenschaftler, in Anerkennung der Rolle der Wissenschaft in unserer Kultur, aufgefordert, „verantwortungsvoll mit ihren Erkenntnissen umzugehen und sich weder von politischer Seite (Abhängigkeit von Forschungsgeldern) noch von der Agrarindustrie unter Druck setzen zu lassen". Der „international anerkannte Ruf des Obstanbau-, Züchtungs- und Sortenerhaltungsstandortes Dresden-Pillnitz" dürfe durch Gentechnikexperimente nicht gefährdet werden. Zudem wurde der Aufbau einer „unabhängigen Sicherheitsforschung für gentechnische Prozesse und Verfahren" und die „Überprüfung der Kriterien für die Vergabe von öffentlichen Forschungsgeldern" von der Politik gefordert. Die Erklärung ist weiterhin für die Unterzeichnung geöffnet. Die Fachtagung der Bürgerinitiative gentechnikfreies Pillnitz und des Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen fand anlässlich der wissenschaftlichen Konferenz Biotechfruit 2008 statt, die ihrerseits in der Woche vom 1. bis zum 4. September ebenfalls in Dresden, am Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen,veranstaltet wurde. (www.biotechfruit.de, Unterschriftenlisten stehen auf der Seite zum Herunterladen bereit) (pau)

Gv-Erbsen neu begutachtet

In einem ausführlichen Bericht haben Rudolf Valenta, Professor für Immunopathologie und Allergenexperte an der Medizinischen Universität Wien, und Armin Spök, vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, für das Bundesamt für Naturschutz eine Publikation von Prescott und Kollegen aus dem Jahr 2005 neu begutachtet. Derzufolge hatten in Australien

entwickelte gentechnisch veränderte (gv) Erbsen bei Versuchstieren eine erhöhte Immunantwort ausgelöst. In die Erbsen war ein Gen für einen so genannten Alpha-Amylase-Inhibitor eingesetzt worden, das ursprünglich aus einer Bohne stammt. Valenta und Spök sind drei Fragen nachgegangen: Erstens: Haben die Autoren der Prescott-Studie Schlussfolgerungen gezogen, die sich aus den von ihnen präsentierten Ergebnissen ergeben? Zweitens: Ist das verwendete Tiermodell für die Risikoabschätzung von gentechnisch veränderter Nahrung relevant und drittens: Hätte die gv-Erbse in einem Standardverfahren für die Risikoabschätzung die Prüfer alarmiert? Insgesamt werden an der Prescott-Untersuchung eine Reihe von methodischen Fehlern und Lücken bemängelt. Nichtsdestotrotz betonen die beiden österreichischen Wissenschaftler, dass die Fähigkeit transgener Proteine unerwünschte Immunreaktionen hervorzurufen unter bestimmten Bedingungen deutlich gezeigt werden konnte. Erschwerend kämen die Ergebnisse bestimmter Experimente hinzu, dass unbeteiligte, das heißt nicht transgene Proteine von den transgenen Proteinen praktisch angesteckt werden, um dann ihrerseits eine erhöhte Immunreaktion auszulösen. Spök und Valenta schreiben wörtlich „exposure to the transgenic protein can increase the immunogenicity of other unrelated proteins". In diesem Kontext sehen sie einen starken Bedarf, aktuelle Verfahren zur Risikoabschätzung zu überdenken. Die Autoren, Valenta und Spök, werfen unter anderem eine Frage auf, die die Prescott-Arbeiten zum Testfall für aktuelle Untersuchungen der Allergenität gentechnisch veränderter Pflanzen werden lassen könnte, vorausgesetzt ihre Ergebnisse bestätigen sich: Wenn das besondere an den neuen Inhaltsstoffen in den Pflanzen die Art und Weise ist, wie die Proteine nachträglich mit Zuckerresten modifiziert werden, macht es dann Sinn - wie heute üblich - in der Regel Proteine zu testen, die nicht direkt aus den Pflanzen sondern aus Mikroorganismen gewonnen worden sind? Dazu muss man wissen, dass Mikroorganismen nicht in der Lage sind, die Modifizierungen der Proteine mit Zuckerresten vorzunehmen. Allerdings halten Valenta und Spök es für den konkreten vorliegenden Fall für wahrscheinlicher, dass in einer Standard-Prüfung eine aus den gv-Pflanzen extrahierte Version des sehr komplexen Alpha-Amylase-Inhibitors Verwendung gefunden hätte. Ob Prüfer das beschriebene Potenzial des transgenen Proteins in einer Standarduntersuchung gefunden hätten oder hätten finden können, konnten die beiden Wisssenschaftler nicht mit Sicherheit bewerten. Insofern widersprechen Valenta und Spök auch der im Zusammenhang mit der Prescott-Studie häufiger geäußerten Ansicht, das Finden der hervorgerufenen Immunreaktion und das daraufhin erfolgte Abbrechen der Entwicklung dieser gv-Erbsen als Futterpflanzen sei ein Zeichen für das Funktionieren der bestehende Systeme von Risikobewertung. Zudem war in der Vergangenheit betont worden, dass die hervorgerufene Immunantwort in den Mäusen keine allergene, so genannte IgE-Reaktion im eigentlichen Sinne, sondern eine schwächere Immunantwort, gewesen sei. Valenta und Spök äußern aber ihre Zweifel, ob die angewandten Methoden überhaupt geeignet waren, eine allergene Reaktion sichtbar zu machen. (Rudolf Valenta und Armin Spök: Immunogenicity of GM peas Review of immune effects in mice fed on genetically modified peas and wider impacts for GM risk assessment. Veröffentlicht als BfN-Skripten 239, zum Herunterladen zu finden unter http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/service… ; Prescott et al. (2005): Transgenic expression of bean alpha-amylase inhibitor in peas results in altered structure and immunogenicity. Journal for Agricultural Food Chemistry 53: 9023-9030) (pau)

Mais-Saatgut verunreinigt

In neun von 438 in Deutschland untersuchten Mais-Saatgutproben sind gentechnisch veränderte Bestandteile gefunden worden. Diese Ergebnisse haben die zuständigen Länderbehörden Greenpeace nach einer Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz mitgeteilt. Die neun Proben stammen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. Fünf der betroffenen Proben waren mit MON810 verunreinigt, der Sorte, die in der EU zum Anbau zugelassen ist. In den anderen fanden sich Bestandteile der Maissorten Bt11 und Herculex, die in der EU keine Zulassung besitzen. Landwirte, die eine nicht zugelassene Sorte angepflanzt haben, wurden laut Greenpeace in Kenntnis gesetzt: Sie mussten die Maispflanzen vernichten. Dem in der EU gültigen so genannten Reinheitsgebot für Saatgut zufolge dürfen herkömmliche Sorten nicht mit gentechnisch veränderten vermischt werden. Ulrike Brendel, Gentechnik-Expertin bei Greenpeace, warnt vor einer schleichenden Ausbreitung auf den Feldern wie auch in Futter- und Lebensmitteln. Denn eine Verunreinigung von 0,1 Prozent bei Maissaatgut bedeute schon 100 Gv-Pflanzen pro Hektar. (PM Greenpeace, 15.08.08) (ts)

Werden gv-Produkte gekauft - oder nicht?

Thinktanks heißen diese Büros, in denen haufenweise Wissenschaftler und PR-Profis, Schönrechner und Schönrednerinnen zusammenhocken und für Politik und Verwaltung, Industrie und anderen (auch Nichtregierungsorganisationen?) Texte, Berichte oder Studien zusammenschreiben, um die politische Gemengelage (neu) zu sortieren. Obacht ist also angesagt. Wenn aber ein von der Europäischen Kommission finanziertes Projekt an einer renommierten Universität publiziert wird, glaubt man sich in den schützendenden Armen der akademischen Gemeinde vor derartigen Unbilden bewahrt. Weit gefehlt! Was da unter dem Titel „Consumerchoice - Do European Consumers Buy GM Foods?" zusammengeschustert wurde, ist sprichwörtlich das Papier, auf dem es gedruckt wurde, nicht wert. Im Ergebnis ist Folgendes aus dem Bericht herauszulesen: Menschen sagen in Umfragen das eine, verhalten sich aber nicht dementsprechend. Zunächst hört sich alles ganz wissenschaftlich an: Untersuchung in zehn europäischen Ländern, Interviews mit KonsumentInnen und HändlerInnen, Auswertung der Medien und so weiter. Die Antwort auf die Titel-bildende Frage ist denn zwar etwas überraschend, lässt aber an Klarheit nichts zu wünschen übrig: „Ja, wenn es ihnen angeboten wird" („yes - when offered the opportunity"). Einer anderen Lesart dieser Art von Wissenschaft folgend könnte man in Bezug auf die Gentechnik in Lebensmitteln auch sagen: Manche Leute kaufen Soja-Öl, das unter Umständen - zumindest anteilig - aus gentechnisch veränderten (gv) Sojabohnen hergestellt worden ist. Denn: Während einer Präsentation des Berichtes in Brüssel bestätigte Vivian Moses vom Kings College in London, wohlgemerkt auf Nachfrage (ein Schelm, wer Böses dabei denkt), dass es sich bei den untersuchten - tatsächlich in den Läden verfügbaren - als gentechnisch veränderten gekennzeichneten Lebensmitteln nur um Soja-Öle handelte, die vor allem in großen Containern für die Gastronomie verkauft werden. Interessant auch die Einschätzung der AutorInnen, dass die Kennzeichnung von Produkten mit dem Label „ohne Gentechnik" in Deutschland „quite common" (etwa: durchaus gewöhnlich) sei. Nicht nötig zu bemerken, dass mit der schützenden Akademia am Anfang dieser Notiz eigentlich das Kings College in London gemeint war, das sich selbst als eines der ältesten und Prestige-reichsten universitären Einrichtungen von England bezeichnet. Kings College firmierte bei dem von der Europäischen Union mit mehr als 700.000 Euro finanzierten Projekt als Hauptvertragspartner, Vivian Moses als Koordinatorin. Unter den Projektpartnern zu finden sind: EuropaBio, die Lobby-Organisation der Europäischen Biotech-Industrie, aber auch die europäische Dachorganisation der Verbraucherschützer BEUC, als deutscher Projektpartner die BioAlliance, ein Finanzunternehmen in der Life-Sciences-Branche mit Sitz in Frankfurt (Main) und das Unternehmen Food Information Service aus Bad Bentheim. („Consumerchoice - Do European Consumers Buy GM Foods?", im Netz unter: http://www.kcl.ac.uk/schools/biohealth/research/n…) (pau)

Rechte der Pflanzen

Haben Pflanzen Rechte? Die Rheinauer Thesen, die im September dieses Jahres in der Rheinau (Schweiz) verabschiedet wurden, versuchen, eine Antwort auf diese zentrale Frage zu geben. Und, um es gleich vorweg zu nehmen, die Autorinnen und Autoren meinen: Ja, Pflanzen haben Rechte. Zum Beispiel das Recht auf Fortpflanzung, was bedeutet, dass Terminatortechnologie und weitere Methoden zur Herstellung von Sterilität mit dem ausschliesslichen Zweck, Pflanzen für die Maximierung von wirtschaftlichem Gewinn verfügbar zu machen, gegen dieses Recht verstossen. Oder: Das Recht auf Eigenständigkeit, mit dem zusammenhängt, dass Pflanzen nicht beliebig instrumentalisiert und kontrolliert werden dürfen. Außerdem das Recht auf Evolution sowie das Recht auf Überleben der eigenen Art. Und neben einigen weiteren auch (mit Bezug auf den Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe) das Recht, nicht patentiert zu werden, weil Pflanzen keine Erfindungen sind. Patente auf Pflanzen sind „nicht nur aus sozioökonomischen Gründen abzulehnen, sondern auch um der Pflanzen selbst willen." Die Thesen sind in einem zweijährigen Prozess entstanden, an dem BiologInnen, PhilosophInnen, Botaniker und Bäuerinnen beteiligt waren und wurden mit dem Ziel formuliert, „die Pflanze um ihrer selbst willen zur Sprache zu bringen und Anspruchsrechte für sie geltend zu machen". Autorinnen und Autoren sind unter anderem Florianne Koechlin, Projektinitiatorin, Biologin vom Blauen-Institut Basel, Autorin, Daniel Ammann, Geschäftsführer der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie SAG, Benny Haerlin, Leiter der Kampagne „Save Our Seeds", Martin Ott, Meisterlandwirt Gut Rheinau, Amadeus Zschunke, Geschäftsführer Sativa Rheinau AG - ökologisches

Pflanz- und Saatgut. (www.blauen-institut.ch) (pau)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 190 vom Oktober 2008
Seite 18 - 21